Botschaft

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
das Strafnachlassgesuch des Weichenwärters Heinrich
Schneider, von Jona, Kts. St. Gallen.

(Vom 24. Mai 1877.)

Tit.!

Mit Beschluß vom 21. August 1876 haben wir in Anwendung von Art. 74 des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht die Untersuchung und Beurtheilung einer Gefährdung des Eisenbahnbetriebes, welche am 2. Januar 1876 auf der Station Flawyl stattfand, den Gerichten des Kantons St. Gallen überwiesen.

In Folge dessen wurden mit Urtheil des Bezirksgerichtes Untertoggenburg vom 2. Dezember 1876 Weichenwärter Jakob Schlumpf von Oberhelferswyl und Heinrich Schneider von Jona, gewesener Güterexpedient und Stationsgehülfe in Flawyl, der fahrlässigen Gefährdung des Eisenbahnbetriebes für schuldig erklärt und in Anwendung von Art. 67, litt. b des Bundesstrafgesetzes der erstere in eine Gefängnißstrafe von 2 Monaten und 200 Franken Buße, der letztere in eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen und 100 Franken Buße und beide solidarisch zur Bezahlung der Kosten verurtheilt.

Mit Bezug auf Jakob Schlumpf ist dieses Urtheil vollzogen, indem derselbe die 2 Monate Gefängnißstrafe, sowie weitere 40 Tage

Gefangenschaft anstatt der Buße, die er nicht bezahlen konnte (Art. 8 des Bundesstrafgesetzes), ausgestanden hat. Heinrich Schneider dagegen bezahlte nur die Buße und stellt nun an die Bundesversammlung das Gesuch, daß ihm die Gefängnißstrafe auf dem Wege der Begnadigung erlassen werden möchte.

In Folge dessen haben wir die Ehre, Ihnen folgenden Bericht zu erstatten:

Laut Fahrtenplan der Vereinigten Schweizerbahnen mußten die von St. Gallen und Wyl kommenden ersten Personenzüge um 6 Uhr 30 Minuten Morgens auf der Station Flawyl kreuzen. Am 2. Januar 1876 traf der Zug III von Wyl einige Minuten früher ein und stand auf dem durchgehenden Hauptgeleise, während der Zug II, von St. Gallen kommend, die Station auf dem Nebengeleise hätte passiren sollen. Schlumpf, welcher die Weiche für den leztern zu bedienen hatte, befand sich jedoch nicht auf seinem Posten und die Weiche selbst war auf das Hauptgeleise, also gegen den Zug III gestellt. Dies wurde von dem Lokomotivführer erst unmittelbar vor der Weiche bemerkt. Er gab sofort die Nothsignale und that alles Mögliche, um den Zug anzuhalten; allein der Zusammenstoß konnte nicht mehr verhütet werden. Die Reisenden kamen ohne Schädigungen davon. Dagegen wurde ein Gepäkkondukteur zwischen Maschine und Wagen hinunter geworfen und erlitt einige leichte Quetschungen, und der Lokomotivführer des Zuges II wurde in Folge seiner Ueberanstrengung auf der Maschine für sechs Wochen dienstuntauglich. Die Schädigungen am Material beziffert die Bahndirektion auf beiläufig 4700 Franken. Beide Züge konnten nach einem Aufenthalt von anderthalb Stunden, der Zug II mit einer Hilfsmaschine, die Fahrt weiter fortsetzen.

In der Untersuchung gestand Weichenwärter Schlumpf ein, daß er an dem fraglichen Morgen sich verschlafen habe. Was den Stationsgehülfen Schneider betrifft, so hatte derselbe auf das spezielle Gesuch des Stationsverwalters Wiget übernommen, an dessen Stelle die Empfangnahme der Frühzüge vom 2. Januar zu besorgen, allein unterlassen, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, ob die Weichen richtig bedient seien. Die Anklage wurde daher in erster Linie gegen Schlumpf und Schneider gerichtet.

Aber auch der Lokomotiv- und der Zugführer des Zuges II, sowie die Lokomotiv- und Zugführer und der Heizer des Zuges III wurden unter Anklage gestellt, die erstern, weil sie in die Station eingefahren seien, obwohl sie noch außerhalb derselben bemerkt haben müssen, daß das Signallicht auf der Weiche des Schlumpf nicht brenne, und die leztern, weil sie unterlassen haben, von

diesem letztern Umstande Anzeige zu machen, und weil sie ihre Posten verlassen haben.

Das Gericht ging bei Erlaß seines Urtheiles von der Ansicht aus, daß den Weichenwärter Schlumpf die Hauptschuld treffe, daß aber Schneider ebenfalls strafbar sei, weil auch er einer Pflichtver-säumniß sich schuldig gemacht habe. Dabei komme dann zu Gunsten des Schneider mildernd in Betracht, daß er während eines kurzen entscheidenden Momentes in eine Verwicklung verschieden-arter Pflichten gerathen sei und daß er nur als Stellvertreter des Stationsvorstandes und auf dessen Gesuch den Dienst versehen habe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Das Begnadigungsgesuch des Heinrich Schneider wird von Herrn Fürsprech Suter in St. Gallen im Wesentlichen begründet wie folgt: Es könne dem Schneider keine böse Absicht und nicht einmal Leichtfertigkeit vorgeworfen werden, sondern höchstens Mangel an der nöthigen Geistesgegenwart und an Routine in einem Dienstzweige, der nicht zu seinen regelmäßigen Funktionen gehört und den er an jenem Morgen nur aus Gefälligkeit gegen seinen Chef übernommen habe. Der Unfall sei lediglich das Resultat einer Reihe verschiedenartiger Verumständungen. Schon die Organisation und Administration des Dienstes auf der ziemlich bedeutenden Station Flawyl seien mangelhaft und entsprechen nicht den Anforderungen für die Sicherheit des Verkehrs. Der Stationsverwalter sei ein fünfundsiebenjähriger Mann, welcher öfters in den Fall komme, seine Gehülfen, namentlich für die Frühzüge, um momentane Vertretung ersuchen zu müssen. Dem Stellvertreter liege dann der ganze Dienst ob: Kasse, Telegraph, Beaufsichtigung des Personals, sowie die Empfangnahme und Absendung der sich kreuzenden Züge. Einer solchen Aufgabe könne aber ein einziger Beamter unmöglich in allen Richtungen genügen. Gerade am Morgen des 2. Januar habe Schneider den Dienst ganz allein besorgen müssen und sei namentlich durch einen außergewöhnlichen Andrang an der Kasse so sehr in Anspruch genommen worden, daß er keine Zeit gefunden, auch noch die Weichen zu kontrolliren. Sodann sei der zweite Gehülfe auf eine andere Station beordert gewesen, und der Portier, welcher sonst meistens den Weichendienst beaufsichtige, habe seinen Freisonntag gehabt und deßhalb, obwohl auf der Station anwesend, auf die Stellung der Weichen nicht Acht gegeben. Endlich habe der Zufall auch darin mitgespielt, daß das Fahrpersonal des Zuges von Wyl, welcher doch weit gegen die Weiche des Schlumpf vorgefahren sei, übersehen habe, daß die Weiche nicht bedient sei. Ebenso haben auch der Lokomotiv- und Zugführer des St. Galler Zuges, trotzdem diese Weiche nicht beleuchtet gewesen, nicht daran

gedacht, daß etwas in Unordnung sein könne. Es falle also dem Schneider nur eine unfreiwillige Unterlassung zur Last, welche in 99 von 100 Fällen ohne schlimme Folgen gewesen wäre. Zu diesem Vergehen stehe aber die ausgesprochene Strafe in keinem richtigen Verhältnisse. Ohnehin habe Schneider schwer genug dafür gebüßt, da er aus seiner Anstellung entlassen worden und die sämtlichen Gerichts- und Untersuchungskosten im Betrage von 194 Franken 50 Cts. habe bezahlen müssen. Dazu kommen noch die Buße von 100 Franken und der Entschädigungsanspruch der Bahngesellschaft, für welchen dieselbe bereits auf seine Bürgen gegriffen habe.

Dem Petenten wird das Zeugniß ausgestellt, daß er einen unbescholtenen Leumund genossen und daß gegen ihn keine polizeilichen Klagen eingegangen seien.

Wir fügen diesem Berichte bei, daß Schneider seit 1862 im Bahndienste gestanden ist und nach seiner eigenen Darstellung wiederholt die nämlichen Funktionen versehen mußte. Er hätte daher schon aus Routine und ohne Anwendung besonderer Sorgfalt seinen Pflichten genügen können. Es scheint aber, daß er diese Pflichten überhaupt nicht sehr strenge genommen hat, da er während seiner Dienstzeit von der Verwaltung 30 Male im Ganzen mit 44 Franken für kleinere Dienstfehler gebüßt werden mußte, wovon 2 Bußen mit je 3 Franken nebst Androhung der Entlassung wegen wiederholter unentschuldigter Abwesenheit vom Posten. Wir theilen daher die Ansicht der Regierung von St. Gallen, daß die von dem Petenten zur Begründung seines Begnadigungsgesuches geltend gemachten Umstände von dem urtheilenden Richter wohl schon ihre gebührende Berücksichtigung gefunden haben müssen, und schließen angesichts des Umstandes, daß die sich mehrenden Eisenbahnunfälle eine strenge Handhabung des Strafgesetzes im Interesse der Reisenden absolut nothwendig machen, mit dem A n t r a g e:

Es sei auf das Begnadigungsgesuch des Heinrich Schneider nicht einzutreten.

Genehmigen Sie, Tit., die Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.

Bern, den 24. Mai 1877.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,

Der Vizepräsident:

Schenk.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schiess.

Bericht

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung über das
Begnadigungsgesuch des Théodore Ganioz von Sitten.

(Vom 2. Juni 1877.)

Tit. I

Mit Urtheil des korrekzionellen und kriminellen Gerichtes des Bezirkes Martigny vom 23. August vorigen Jahres wurde Théodore Ganioz von Sitten, ehemals Oberinstruktor der Milizen und Kommandant der Gendarmerie des Kantons Wallis, gegenwärtig Arbeiter in einer Cigarrenfabrik zu Vivis, in Anwendung von Art. 3 des Bundesgesetzes vom 30. Juli 1859, betreffend die Werbung und den Eintritt in fremden Kriegsdienst, wegen Anwerbung dreier junger Leute in den holländisch-indischen Militärdienst zu einem Monat Gefängniß, 20 Fr. Buße und zur Einstellung im Aktivbürgerrechte auf die Dauer von einem Jahre, sowie zur Bezahlung von zwei Dritteln der Prozeßkosten verurtheilt. Sein Mitangeklagter Louis Délez, Notar in Sitten, wurde dagegen Mangels hinreichenden Beweises von Strafe freigesprochen, immerhin aber zur Bezahlung des letzten Drittels der Kosten verfällt. In dem Urtheile ist konstatiert, daß gegen Ganioz vollständiger und gesetzlicher Beweis der Anklage vorliege, dabei aber als strafmildernder Umstand in Betracht gezogen, daß er kein Vermögen besize und den Unterhalt seiner noch kleinen und mutterlosen Kinder lediglich durch seine Arbeit bestreiten müsse.

**Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend das
Strafnachlassgesuch des Weichenwärters Heinrich Schneider, von Jona, Kts. St. Gallen.
(Vom 24. Mai 1877.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1877
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	27
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.06.1877
Date	
Data	
Seite	158-162
Page	
Pagina	
Ref. No	10 009 603

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.